

Marcel Wittwer
EDU
Bühlacker 2
8581 Schocherswil

EINGANG GR		
8. Nov. 2023		
GRG Nr.	20	EA 239 592

Einfache Anfrage „Dem Antisemitismus wehren“

Der barbarische Angriff der Hamas auf unschuldige Bewohner Südisraels am 7. Oktober 2023 geht in die lange Geschichte des Antisemitismus ein. Nie seit den Gräueln des Dritten Reichs wurde an einem Tag so viel jüdisches Blut vergossen. Die Mitleids- und Solidaritätsbekundungen im Westen haben kaum eine Woche gedauert, bis der israelische Staat seinen gewohnten Platz am Pranger einnahm. Was wir seither in den (vormals) zivilisierten Grossstädten des Westens sehen, sind grausige Bilder blanken Judenhasses. Im Kleid des Antizionismus wird Antisemitismus offen ausgelebt. Auch in der Schweiz mehren sich die antisemitischen Vorfälle (Thurgauer Zeitung vom 4. November 2023) mit realen Konsequenzen für die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl hier lebender Juden. Besonders häufig und stark überproportional tritt Antisemitismus in migrantischen Kreisen auf. In dieser wie in vieler anderer Hinsicht darf die europäische Einwanderungspolitik und die Politik der offenen Grenzen als gescheitert bezeichnet werden. Die Schweiz hat das Glück, weist sie weniger grosse Ballungszentren und weniger Parallelstrukturen als anderswo auf. Analoges gilt für den ländlichen Kanton Thurgau. Weiter ist die jüdische Bevölkerung im Kanton Thurgau gering. Das Bundesamt für Statistik extrapoliert für das Jahr 2021 200 jüdische Mitbürger. Das macht den Kanton Thurgau weniger anfällig für einschlägige Vorfälle. Nichtsdestotrotz hat der Kanton Thurgau eine Mitverantwortung, insbesondere im Bereich der Schulbildung, aktiv und energisch antisemitischer Energie entgegenzutreten, nicht nur, aber auch wegen seiner belasteten Vergangenheit (siehe Vorstoss 20/EA 213/517).

«Nie wieder» ist jetzt.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

- Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass dem Holocaust an Thurgauer Schulen einen angemessenen Platz im Geschichtsunterricht eingeräumt wird?
- Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass derlei themenbezogene Unterrichtsinhalte, insbesondere Exkursionen, in einem angemessenen Rahmen mit Würde und der Ernsthaftigkeit des Themas entsprechend durchgeführt werden?
- Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass sich im Kanton aufhaltende Ausländer zu einem Grad integrieren, bei welchem sich Juden Hass mindestens nicht offen in verbaler oder physischer Gewalt manifestiert?
- Was unternimmt die Migrationsbehörde in ihrer Integrationsarbeit, insbesondere bei der Wiedererteilung der Aufenthaltsbewilligung, um antisemitisches Bedrohungspotenzial wahrzunehmen und proaktiv anzugehen?

Schocherswil, 7.11.2023



Marcel Wittwer